

Berufliche Ausbildung rechnet sich

Im Zuge der allgemeinen Beschäftigungssteigerungen in Deutschland nimmt die Anzahl der Ausbildungsplätze wieder zu. Dennoch finden viele Jugendliche nach wie vor keinen passenden Ausbildungsplatz. Als Begründung dafür, dass viele Unternehmen beim Angebot von Ausbildungsplätzen noch immer zurückhaltend sind, wird häufig auf die hohen Kosten verwiesen, die die berufliche Ausbildung verursacht. Dieses Argument trifft so pauschal aber nicht zu. Vielmehr verursacht die Beschäftigung von Auszubildenden in vielen Berufen geringere Kosten als die Beschäftigung von Un- und Angelernten.



In aller Regel gehen Untersuchungen zur Ausbildungsmotivation deutscher Unternehmen von der Annahme aus, dass die Einstellung von Auszubildenden in fast allen Ausbildungsberufen eine Investition mit unsicherer Rendite darstellt. Diese Einschätzung basiert auf Berechnungen, dass Auszubildende während der Ausbildungszeit deutlich mehr kosten als sie für das Unternehmen leisten. Dies wird als ein entscheidender Nachteil des dualen Berufsausbildungssystems betrachtet, da die Betriebe nicht sicher sein können, ob die Auszubildenden nach Ausbildungsende noch lange genug im Betrieb verbleiben, um ihre Ausbildungskosten zurückzuerzielen. Eine Studie des ZEW und der Universität Zürich betrachtet nun zwar nicht das absolute Kosten-Nutzenverhältnis

von Ausbildung, wohl aber die relativen Kosten einer Ausweitung der Ausbildung und kommt hierbei zu überraschenden Ergebnissen (ZEW Discussion Paper Nr. 08-019). In der Studie wird verglichen, ob es für die Unternehmen kostengünstiger ist, Auszubildende zu beschäftigen oder stattdessen Un- und Angelernte einzusetzen. Es zeigt sich, dass die Ausbildung in einer ganzen Reihe von Berufen für die Unternehmen kostengünstiger ist.

Die Wissenschaftler bilden bei dem von ihnen gewählten Schätzansatz die Entscheidung der Unternehmen, einen Auszubildenden statt eines Un- oder Angelernten einzustellen, nach. Konkret wird betrachtet, wie sich eine Erhöhung des Anteils an Auszubildenden auf den Betriebsgewinn und die be-

triebliche Produktivität auswirkt im Vergleich zu einer Erhöhung des Anteils an Un- und Angelernten im Betrieb um die gleiche Größenordnung. Die Autoren der Studie nutzen multivariate Panel-schätzmethoden auf der Basis repräsentativer Daten, um unterschiedliche Quellen von Schätzverzerrungen und umgekehrter Kausalität berücksichtigen zu können.

Höhere Kosten für Industrieberufe

Die Untersuchung zeigt, dass zwischen den Berufsgruppen unterschieden werden muss, wenn die Kosten und der Nutzen einer betrieblichen Ausbildung bewertet werden sollen. Eine Erhöhung des Anteils von Auszubildenden in kaufmännischen Berufen, Handwerks- sowie Bauberufen hat im Vergleich zu einer Erhöhung des Anteils Un- und Angelernter einen positiven Einfluss auf den Betriebsgewinn. Der Befund kann dahingehend interpretiert werden, dass die Auszubildenden als Ersatz für Un- oder Angelernte eingesetzt werden können und die Produktivität der Auszubildenden im Vergleich zu ihren Ausbildungs-

IN DIESER AUSGABE

Berufliche Ausbildung rechnet sich	1
Banken setzen wieder stärker auf Filialen	2
Vorsorgende Bildungsinvestitionen wirken der Altersarmut entgegen	3
Mehr Effizienz durch IT-Outsourcing	4
ZEW Konferenzen	5
Termine, Neuerscheinungen, ZEW intern	6
Daten und Fakten	7
Standpunkt	8

FORSCHUNGSERGEBNISSE

kosten relativ hoch ist. Im Gegensatz dazu reduziert eine Erhöhung des Anteils der Auszubildenden in industriellen Fertigungsberufen den Unternehmensgewinn zunächst. Demnach ist das Verhältnis zwischen Kosten und Produktivität in diesen Berufen für Auszubildende schlechter als für Un- und Angelernte. Fertigungsberufe machen aber nur etwa 30 Prozent der gesamten Ausbildungen im dualen System aus.

Es gibt mehrere Gründe, die diese Unterschiede zwischen den Berufen erklären können. So erreichen etwa in Handwerks- und Bauberufen die Auszubildenden relativ schnell ein hohes Produktivitätsniveau. Auszubildende in kaufmännischen Berufen finden vergleichsweise einfach eine neue Beschäftigung in einem anderen Betrieb.

Deshalb achten die ausbildenden Betriebe in diesen Ausbildungsbereichen offenbar verstärkt darauf, dass die Ausbildungskosten durch eine relativ hohe Produktivität in den letzten Lehrjahren gedeckt werden können.

In Fertigungsberufen hingegen erreichen die Auszubildenden ihre Produktivität erst relativ langsam, daneben treffen sie meist auf gute Beschäftigungs- und Aufstiegsmöglichkeiten innerhalb des ausbildenden Betriebs und verdienen bereits während der Ausbildung gut. Außerdem ist es schwerer, geeignete Fachkräfte mit dieser beruflichen Ausbildung auf dem Arbeitsmarkt zu rekrutieren, weshalb Betriebe die relativ hohen Kosten während der Ausbildung in Kauf nehmen, in der Hoffnung, dass die ausgebildete

Fachkraft auch später weiterhin im Unternehmen verbleibt.

Die in der ZEW-Untersuchung berechneten Kosten und Erträge von Auszubildenden im Vergleich zu Un- und Angelernten werfen ein neues Licht auf die bekannten Kosten-Nutzenberechnungen in der dualen Ausbildung. Auch wenn die genaue Höhe der Kosten und des Nutzens von Ausbildung in den einzelnen Berufen hier nicht berechnet werden kann, zeigt die vorliegende Untersuchung, dass Ausbildung sich im Vergleich zu Alternativen häufig rechnet. Allerdings ist dabei eine differenzierte Betrachtung der jeweiligen Ausbildungsberufe erforderlich.

Jens Mohrenweiser,
jens.mohrenweiser@isu.uzh.ch
Dr. Thomas Zwick, zwick@zew.de

Banken setzen wieder stärker auf Filialen

Banken werden in Zukunft wieder stärker auf die Filiale als Vertriebskanal setzen. Vor allem die Kundenberatung soll hier ihren Platz haben und intensiv betrieben werden. Dazu versuchen die Banken unter anderem durch innovative Filialkonzepte wie zum Beispiel die Erlebnisfiliale wieder mehr Kunden in ihre Filialen zu locken. Dies ist das Ergebnis einer aktuellen Umfrage des Zentrums für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW) unter 252 Finanzmarktexperten.

Nachdem der Bankkunde in den vergangenen Jahren verstärkt vom Gang in die Filiale abgehalten und auf alternative Vertriebskanäle wie das Internet-Banking oder SB-Automaten umgeleitet wurde, wird die Filiale in Zukunft wieder eine stärkere Rolle als Vertriebskanal von Banken spielen. Vor allem die Beratung von Privat- und Geschäftskunden wird künftig in der Filiale stattfinden. Rund 75 Prozent der vom ZEW befragten Experten geben an, dass die Kundenberatung in Zukunft wichtig oder sogar sehr wichtig für das Filialge-

schäft sein wird. Die Filiale bleibt auch weiterhin zentraler Anlaufpunkt für die Immobilienfinanzierung und die Vergabe von Krediten mit großem Kreditvolumen. Kleine Privatkredite sind hingegen standardisierbar und werden vorwiegend über das Internet oder andere Vertriebskanäle angeboten werden. Die Kontoverwaltung und Wertpapiergeschäfte erfolgen nach Einschätzung der Experten in Zukunft ebenfalls hauptsächlich über andere Vertriebskanäle.

Erlebnisfilialen entstehen

Neben der stärkeren Fokussierung auf die Beratung setzen Banken in den nächsten Jahren auch auf neue Filialkonzepte. Einige Kreditinstitute haben bereits vereinzelt das Konzept der Erlebnisfiliale umgesetzt. In Zukunft werden so genannte Erlebnisfilialen von Banken mit integrierten Cafés oder Shops zum Erwerb exklusiver Markenartikel häufiger in deutschen Städten zu finden sein. Die Experten schätzen, dass der Anteil der Filialgeschäfte, der in derartigen Filialen abgewickelt wer-

den wird, in Zukunft auf mehr als sieben Prozent steigen wird. Die stärkere Ausrichtung der Kreditinstitute auf die Kundenberatung kommt am hohen Marktanteil der reinen Beratungsfilialen zum Ausdruck. Den Experten zufolge werden in Zukunft mehr als ein Fünftel aller Bankgeschäfte in Beratungsfilialen getätigt werden. Damit sind die Beratungsfilialen nach Ansicht der Finanzexperten bedeutender als die Selbstbedienungsfilialen (SB-Filialen), auf die rund 20 Prozent aller Filialgeschäfte entfallen werden. Zurückzuführen ist dies wohl darauf, dass beratungsintensive Produkte mit hoher Marge in Zukunft in der Filiale vertrieben werden. Der größte Anteil der Filialgeschäfte wird aber auch künftig von der klassischen Vollservice-Filiale abgewickelt werden. Für Banking- oder Credit-Shops mit einer begrenzten Leistungspalette, die bereits heute vereinzelt in deutschen Fußgängerzonen zu finden sind, erwarten die Experten dagegen nur einen Marktanteil von etwas mehr als 10 Prozent.

Matthias Köhler, koehler@zew.de

FORSCHUNGSERGEBNISSE

Vorsorgende Bildungsinvestitionen wirken der Altersarmut entgegen

Die Anzahl der Geringverdiener ist in Deutschland in den vergangenen zehn Jahren gestiegen. Auch weisen immer mehr Erwerbstätige eine gebrochene Erwerbsbiografie auf, bei der sich Phasen der Arbeitslosigkeit mit Phasen der Berufstätigkeit abwechseln. Diese Entwicklungen erhöhen das Risiko einer künftigen Altersarmut, da ein geringeres Arbeitseinkommen während der Berufstätigkeit eine kleinere Altersrente zur Folge hat. Eine aktuelle Studie des ZEW beschäftigt sich mit der Frage, wie die Ungleichheit der Lebenseinkommen verringert werden könnte und welches der kostengünstigste Weg hierzu ist.

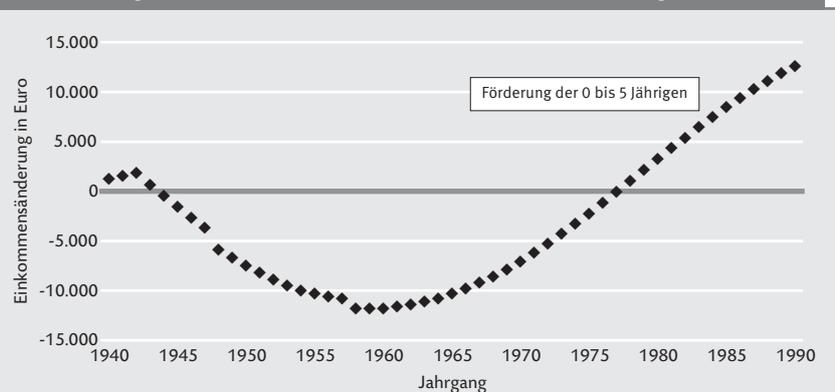
Konkret werden in der Studie (ZEW Discussion Paper Nr. 08-010) Kosten und Nutzen von direkten Transferzahlungen an Rentner mit sehr geringen Rentenansprüchen mit Kosten und Nutzen von kompensierenden Bildungsinvestitionen im Kindes- und Jugendalter verglichen. Hinter den so genannten kompensierenden Bildungsinvestitionen steht die Vorstellung, dass die Fähigkeiten des einzelnen durch Bildungsinvestitionen gesteigert werden können, was sich im späteren Erwerbsleben in höheren Löhnen und/oder einer verstetigten Erwerbstätigkeit niederschlagen kann. Unter Bildungsinvestitionen werden in der Studie alle Maßnahmen verstanden, die geeignet sind, kognitive und nicht-kognitive Fähigkeiten von Menschen zu verbessern, unabhängig davon, ob dies in der Familie oder in Bildungseinrichtungen geschieht.

Die ZEW-Studie kommt zu dem Schluss, dass kompensierende Bildungsinvestitionen in der Kindheit und der Jugend bis zum Alter von 18 Jahren unter Kosten-Nutzen-Gesichtspunkten das bessere Instrument zur Verringerung der Ungleichheit der Lebenseinkommen zwischen den Angehörigen einer Generation darstellen. Im Alter über 18 Jahren sind dagegen direkte finanzielle Transferleistungen wirtschaftlicher, um die Ungleichheit der Lebenseinkommen innerhalb einer Generation zu verringern. Die Ergebnisse der Studie, die auf dem Modell der Humankapitalbildung im Lebenszyklus beruhen,

verdeutlichen, dass zusätzliche frühkindliche Investitionen in die Fähigkeiten von benachteiligten Kindern besonders lohnend sind. Die ZEW-Berechnungen zeigen weiter, dass von Bildungsinvestitionen im Alter bis zu fünf

mehr Kosten als Nutzen entstünden. Mit Simulationsrechnungen wird analysiert, welche Auswirkungen Bildungsinvestitionen von einem Prozent des Bruttoeinkommens der Erwerbstätigen jährlich für die Höhe des Pro-Kopf-Einkommens und die Höhe der Altersrente im Umlageverfahren haben könnten. Die Auswirkungen für das Lebenseinkommen der Geförderten sind eindeutig positiv. Dies gilt aber nicht für alle dafür Steuern zahlenden Generationen. So würde, wie die Grafik zeigt, das Lebenseinkommen insbesondere der Jahrgänge von 1950 bis 1965 durch

Veränderung des Lebenseinkommens durch zusätzliche Bildungsinvestitionen



Lesebeispiel: Durch zusätzliche Bildungsinvestitionen für 0-5-Jährige ab 2008 würde sich das Lebenseinkommen erst für die Jahrgänge ab 1975 erhöhen. Die zusätzlichen Bildungsinvestitionen würden den zwischen 1945 und 1975 Geborenen allerdings Nettokosten in unterschiedlicher Höhe verursachen.
Quelle: ZEW

Jahren, aufgrund des Fähigkeitenmultiplikators der Kindheit, die größten Erträge gemessen am Lebenseinkommen erwartet werden können.

Verschiedene Jahrgänge profitieren unterschiedlich

Vor dem Hintergrund des demografischen Wandels untersucht die Studie ferner, welche Generationen in Deutschland im Zeitraum von 2008 bis 2080 von zusätzlichen, steuerfinanzierten Bildungsinvestitionen in Kinder und Jugendliche profitieren könnten und welchen Generationen hierdurch

zusätzliche Bildungsinvestitionen ab dem Jahr 2008 in Kinder und Jugendliche um bis zu 12.000 Euro sinken. Interessanterweise dürften hiervon jedoch bereits die nach 1975 Geborenen in Form eines höheren Lebenseinkommens profitieren.

Die Studie verdeutlicht, dass in der Regel vorsorgende Maßnahmen zur Reduktion von Ungleichheit kostengünstiger sind als nachträgliche Korrekturen. Diese ökonomische Sicht gilt vor allem dann, wenn Lebenszyklusaspekte in die Analyse einbezogen werden.

PD Dr. Friedhelm Pfeiffer, pfeiffer@zew.de
Karsten Reuß, reuss@zew.de

FORSCHUNGSERGEBNISSE

Mehr Effizienz durch IT-Outsourcing

Unternehmen, die Dienstleistungen für Informationstechnologien (IT) an externe Anbieter auslagern (IT-Outsourcing), produzieren insgesamt effizienter als nicht-auslagernde Unternehmen. Auch sind Beschäftigte an einem Computerarbeitsplatz in Unternehmen mit IT-Outsourcing signifikant produktiver.

Die Auslagerung von Dienstleistungen für die in den Unternehmen eingesetzten Informationstechnologien an externe Anbieter gewinnt zunehmend an Bedeutung. Zahlen des Statistischen Amtes der Europäischen Gemeinschaften (Eurostat) belegen, dass im Jahr 2006

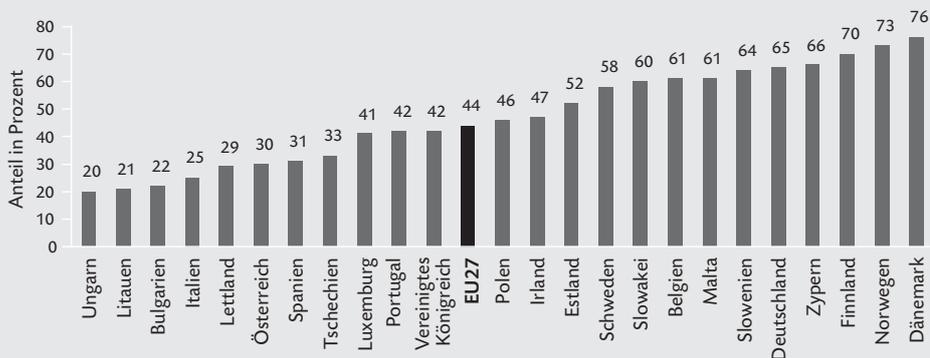
werden gerne an spezialisierte Anbieter ausgelagert. Diese erbringen die Leistung in aller Regel zu niedrigeren Preisen und in besserer Qualität. Die Folgen für das auslagernde Unternehmen können sich in effizienteren Produktionsprozessen und in einer höheren Arbeitsproduktivität widerspiegeln.

Eine Studie des ZEW (ZEW Discussion Paper Nr. 07-087) untersucht die Auswirkungen von IT-Outsourcing auf die Performance der auslagernden Unternehmen. Für die Studie wurden die Ergebnisse einer ZEW-Befragung von mehr als 2.000 deutschen Unternehmen aus dem verarbeitenden Ge-

re IT-Dienstleistungen wie die Softwareprogrammierung bleiben dagegen unberücksichtigt.

Der Analyserahmen, der auch die Selektion der Unternehmen in eine der beiden Gruppen berücksichtigt, erlaubt es, die unterschiedlichen Auswirkungen von Inputfaktoren auf die Arbeitsproduktivität (gemessen anhand der Wertschöpfung pro Mitarbeiter) für beide Gruppen getrennt zu betrachten. Ein anschließender Vergleich der Koeffizienten zeigt die etwaigen (signifikanten) Unterschiede zwischen den Unternehmen, die grundlegende IT-Dienstleistungen ausgelagert haben, und den Unternehmen, die ihre IT-Dienstleistungen selbst erstellen.

Vollständig oder teilweise ausgegliederte IKT-Fachdienstleistungen (2006)



Anmerkungen: Angaben für Griechenland, Frankreich, Niederlande und Rumänien sind nicht verfügbar. Angabe für Malta vorläufig. Befragung bei Unternehmen mit mindestens 10 Mitarbeitern. Quelle: Eurostat, IKT-Statistik

innerhalb der EU durchschnittlich bereits 44 Prozent der Unternehmen mit mindestens zehn Mitarbeitern externe IT-Dienstleistungen in Anspruch genommen haben. In einigen Ländern, zu denen auch Deutschland zählt, wird dieser Wert sogar noch weit übertroffen (siehe Abbildung).

Die Entscheidung, bestimmte Unternehmensprozesse auszulagern, wird vor allem von Kostenaspekten bestimmt. Daneben ist ein weiterer wichtiger Grund für das Outsourcing das Bestreben vieler Unternehmen, sich auf die eigenen Kernkompetenzen zu konzentrieren. Vor allem die weniger zentralen Supportprozesse, zu denen häufig auch die IT-Dienstleistungen zählen,

werden gerne an spezialisierte Anbieter ausgelagert. Diese erbringen die Leistung in aller Regel zu niedrigeren Preisen und in besserer Qualität. Die Folgen für das auslagernde Unternehmen können sich in effizienteren Produktionsprozessen und in einer höheren Arbeitsproduktivität widerspiegeln. Eine Studie des ZEW (ZEW Discussion Paper Nr. 07-087) untersucht die Auswirkungen von IT-Outsourcing auf die Performance der auslagernden Unternehmen. Für die Studie wurden die Ergebnisse einer ZEW-Befragung von mehr als 2.000 deutschen Unternehmen aus dem verarbeitenden Ge-

Mitarbeiterleistung steigt

Die Analyse der beiden Vergleichsgruppen zeigt, dass Unternehmen, die die IT-Dienstleistungen auslagern, im Vergleich zu den nicht-auslagernden Unternehmen effizienter produzieren. Ferner sind Mitarbeiter, die den überwiegenden Teil ihrer Arbeit an einem Computerarbeitsplatz erledigen, in Unternehmen, die IT-Dienstleistungen auslagern, deutlich produktiver. IT-Outsourcing und die Computernutzung in Unternehmen lassen sich somit als komplementäre Faktoren interpretieren, die sich positiv auf die Arbeitsproduktivität auswirken.

Weitere Untersuchungen ergeben aber auch, dass Unternehmen im Durchschnitt die „richtige“ Entscheidung bezüglich des IT-Outsourcing treffen. Betrachtet man den hypothetischen Fall der Auslagerung bei Unternehmen, die tatsächlich nicht ausgelagert haben, so zeigt sich, dass diese Unternehmen im Durchschnitt zwar Produktivitätsgewinne durch eine Auslagerung erzielen könnten, dass diese allerdings niedriger sind als die Produktivitätsgewinne der Unternehmen, die tatsächlich ausgelagert haben.

Jörg Ohnemus, ohnemus@zew.de

Teilhabe von Frauen am Arbeitsmarkt

Geben weibliche Analysten andere Kauf- und Verkaufsempfehlungen für Aktien als ihre männlichen Kollegen? Wie wirkt sich die Verlängerung des Erziehungsurlaubs auf die Beteiligung junger Frauen an Weiterbildungen aus? Wie beeinflussen verschiedene Betreuungsrangements alleinerziehender Mütter die kognitive Entwicklung ihrer Kinder? Fragen wie diese standen im Mittelpunkt des Workshops „Gender and the Labour Market“, der im März am ZEW stattfand. Die Tagung war Teil eines Arbeitstreffens des DFG-Schwerpunktprogramms „Flexibilisierungspotenziale bei heterogenen Arbeitsmärkten“.

Die Beiträge des Workshops spiegeln den aktuellen Forschungsstand auf dem Gebiet der geschlechtsbezogenen Arbeitsmarktforschung wider. Als Hauptredner wurden Lawrence Kahn von der Cornell University, USA, Lena Edlund von

der Columbia University, USA, und Michael Keane von der University of Technology Sydney, Australien, gewonnen.

Im Eröffnungsvortrag stellte Lawrence Kahn eine Untersuchung zur Entwicklung des geschlechtsspezifischen Arbeitsangebots von Migranten in den USA im Vergleich zu den dort geborenen Erwerbsfähigen vor. Er konnte zeigen, dass Frauen, die aus Ländern mit einem hohen Anteil weiblicher Erwerbsbevölkerung zugewandert sind, auch in den USA eine größere Erwerbsneigung zeigen als Migrantinnen, die ursprünglich aus Ländern mit geringerem Frauenanteil an der Erwerbsbevölkerung kommen. Lena Edlund referierte über geschlechtsspezifische Migrationsbewegungen. Mit Hilfe von Daten für China verdeutlichte sie, dass Frauen dort häufiger sozio-ökonomisch motivierte Wanderungen auf sich nehmen als Männer.

Dies gilt insbesondere für junge und schlecht ausgebildete Frauen.

Große Aufmerksamkeit erfuhr der Schlussvortrag von Michael Keane. Keane und seine Koautoren untersuchten die Wirkungen von außer-familialen und institutionellen Betreuungsangeboten auf die kognitive Entwicklung von Kindern alleinerziehender Mütter. Unter Nutzung einer Reihe von U.S. amerikanischen Sozialreformen und dem Vergleich der Schulleistungen argumentierte er, dass Kindern, die vor der Schule den Kindergarten besucht haben nicht schlechter (aber auch nicht besser) abschneiden, als Kinder, die zu Hause von der Mutter betreut wurden.

Der nächste Workshop des DFG-Schwerpunktprogramms am ZEW findet Ende März 2009 zum Thema „Inequality in the Labour Market“ statt.

Grit Mühler, muehler@zew.de

Triebkräfte von Reformprozessen

Nachdem die deutsche Wirtschaftspolitik in den zurückliegenden Jahren wichtige Reformerfolge erzielen konnte, mehren sich jüngst die Anzeichen für ein nachlassendes Reformtempo oder sogar Rückschläge im Reformprozess. Die Verlängerung der Bezugsdauer des Arbeitslosengelds I für Ältere oder die Aussetzung des Riester-Faktors in der Rentenversicherung sind hierfür Beispiele. Vor diesem Hintergrund veranstaltete das ZEW in Zusammenarbeit mit dem Arbeitskreis Europäische Integration und dem Walter Eucken Institut, Freiburg, eine Konferenz zu den Themen „Ökonomik, Politische Ökonomie und Psychologie staatlicher Reformen in Europa“. Ökonomen, Psychologen, und Politikwissenschaftler beleuchteten während der Konferenz aus unterschiedlichen Blickwinkeln einzelne Reformen ebenso wie allgemeingültige Merkmale von Reformprozessen.

So gab Detlef Fetchenhauer, Psychologe an der Universität Köln, einen Überblick zur Psychologie wirtschaftspolitischer Reformen. Er belegte, wie grundlegend unterschiedlich Ökonomen und Nicht-Ökonomen bestimmte Reformen, etwa die Rente mit 67 oder den Mindestlohn, beurteilen. Maßgeblich für diese Unterschiede sei, so Fetchenhauer, dass die Urteilsfindung von Nicht-Ökonomen in erster Linie von Fairness-Überlegungen bestimmt sei und dabei den Folgen von Reformen wenig Aufmerksamkeit geschenkt werde, während Ökonomen ihre Beurteilung von Effizienzgedanken leiten ließen. Weitere Vorträge behandelten den Einfluss von Patriotismus, Angst oder bestimmten Persönlichkeitsmerkmalen auf die Akzeptanz von Reformen.

Vorträge zum Themenkomplex Reformen und Reformprozesse internationaler Organisationen beschäftigten

sich mit dem Europäischen Gerichtshof, der in der Europäischen Union vermehrt praktizierten so genannten „Offenen Methode der Koordinierung“, dem europäischen Stabilitätspakt, dem EU-Eigenmittelsystem und der Bank für Internationalen Zahlungsbilanzausgleich. Darüber hinaus wurden Ansatzpunkte zur Quantifizierung von Reformen aufgezeigt, die für empirische Analysen unverzichtbar sind. Oliver Heilwagen von der Bertelsmann Stiftung, Gütersloh, gab dazu Einblicke in das Entwicklungskonzept des Bertelsmann Reform Index.

Zum Abschluß der Tagung stellte der frühere Grünen-Politiker Oswald Metzger seine Sicht der aktuellen Wirtschaftspolitik dar. Insbesondere kritisierte er die Rückkehr eines in vielen Bereichen kurzfristigen Politikansatzes.

Dr. Friedrich Heinemann, heinemann@zew.de

TERMINE

Vortrag von Nobelpreisträger James J. Heckman über „Skills, Schools and Synapses“

James J. Heckman, Nobelpreisträger für Ökonomie, hält im Rahmen der Veranstaltungsreihe „Wirtschaftspolitik aus erster Hand“ zum Thema „Skills, Schools and Synapses“ am 14. Mai 2008 am ZEW einen Vortrag. Heckman wird dabei auf die Bedeutung nicht-kognitiver Fähigkeiten wie beispielsweise Ausdauer, Zielstrebigkeit und Motivation für die Humankapitalbildung von Volkswirtschaften eingehen. Die Vortragsveranstaltung findet am Vorabend der ersten Konferenz des Forschungsnetzwerks „Non-Cognitive Skills: Acquisition and Economic Consequences“ statt, die durch einen weiteren Vortrag von Heckman am 15. Mai eröffnet wird.

Weitere Informationen zur Konferenz unter:

<http://www.zew.de/de/veranstaltungen/details.php?LFDNR=789>

ZEW Wirtschaftsforum 2008: Klimaschutz und Wettbewerbsfähigkeit

Das ZEW Wirtschaftsforum, das am 27.06.2008 in Mannheim stattfindet, behandelt in diesem Jahr die Perspektiven globaler Klimaschutzpolitik und deren mögliche Konsequenzen für die internationale Wettbewerbsfähigkeit. Renommierte Experten und politische Akteure werden unter anderem diskutieren, wie die Führungsrolle Europas in der Klimapolitik erhalten werden kann, ohne dass Wachstum und Beschäftigung in andere Länder verlagert werden. Des Weiteren wird es um die Frage gehen, wie die Vereinigten Staaten, aber auch Schwellenländer wie China und Indien in den internationalen Klimaschutz einbezogen werden können.

ZEW WIRTSCHAFTSANALYSEN

Andreas Oestreicher, Wolfram Scheffler, Christoph Spengel, Dietmar Wellisch Modelle einer Konzernbesteuerung für Deutschland und Europa

Bei der Besteuerung grenzüberschreitend tätiger verbundener Unternehmen in der Europäischen Union (EU) könnte sich aufgrund des Urteils des Europäischen Gerichtshofs in der Rechtssache Marks&Spencer schon kurzfristig Reformbedarf ergeben. Ferner strebt die Europäische Kommission langfristig die Schaffung einer einheitlichen konsolidierten Körperschaftsteuerbemessungsgrundlage an. Vor diesem Hintergrund diskutiert das Buch alternative Konzepte für die Weiterentwicklung der körperschaftsteuerlichen Organschaft in Deutschland und der in der EU angestrebten einheitlichen konsolidierten Körperschaftsteuerbemessungsgrundlage.

ZEW Wirtschaftsanalysen/Schriftenreihe des ZEW, Band 87, Nomos-Verlag, 2008

EXPERTENSEMINARE

- 09.06.2008 Panelökonometrie I – Grundlagen Grundmodelle der Panelökonometrie
- 10.06.2008 Panelökonometrie II – Nicht-stationäre Paneldaten
- 16.06.2008 Global Challenge – Strategische Unternehmenssimulation
- 16.06.2008 Volkswirtschaftliche Daten in der Unternehmenssteuerung
- 17.06.2008 Prägnanter präsentieren – Coaching für die professionelle Vortragsgestaltung

ZEW-Expertenseminare im Internet: www.zew.de/weiterbildung

Information: Vera Pauli, Telefon 0621/1235-240, E-Mail pauli@zew.de

ZEW INTERN

ZEW Jahresbericht 2007

Im Geschäftsjahr 2007 konnte das ZEW seine Ertragssituation erneut verbessern. Mit 14,72 Millionen Euro wurde das Vorjahresergebnis (14,15 Millionen Euro) deutlich übertroffen. Die Anzahl der Mitarbeiter hat sich im Jahr 2007 noch einmal erhöht, nachdem hier bereits im Jahr 2006 eine deutliche Steigerung zu verzeichnen war. Ende vergangenen Jahres waren 156 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter am ZEW tätig, davon 109 Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler.

Sie finden den neuen Jahresbericht unter: www.zew.de/jahresbericht

ZEW DISCUSSION PAPERS

Nr. 08-026, Ulf Moslener, Bodo Sturm: A European Perspective on Recent Trends in U.S. Climate Policy.

Nr. 08-025, Dieter Nautz, Sandra Schmidt: Monetary Policy Implementation and the Federal Funds Rate.

Nr. 08-024, Benny Geys, Friedrich Heinemann, Alexander Kalb: Voter Involvement, Fiscal Autonomy and Public Sector Efficiency: Evidence from German Municipalities.

Nr. 08-023, Niels Anger, Christoph Böhringer, Ulrich Oberndorfer: Public Interest vs. Interest Groups: Allowance Allocation in the EU Emissions Trading Scheme.

Nr. 08-022, Johannes Gernandt, Friedrich Pfeiffer: Wage Convergence and Inequality after Unification: (East) Germany in Transition.

Nr. 08-021, Katrin Schleife: IT Training and Employability of Older Workers.

Nr. 08-020, Michael Overesch, Dennis Voeller: The Impact of Personal and Corporate Taxation on Capital Structure Choices.

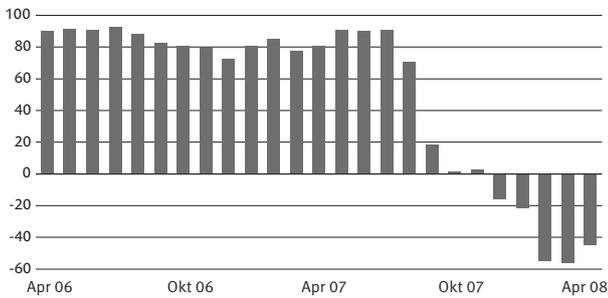
Nr. 08-019, Jens Mohrenweiser, Thomas Zwick: Why Do Firms Train Apprentices? The Net Cost Puzzle Reconsidered.

Nr. 08-018, Birgit Aschhoff: Who Gets the Money? The Dynamics of R&D Project Subsidies in Germany.

Nr. 08-017, Ulrich Oberndorfer: Returns and Volatility of Eurozone Energy Stocks.

DATEN UND FAKTEN

ZEW-Finanzmarkttest im April 2008

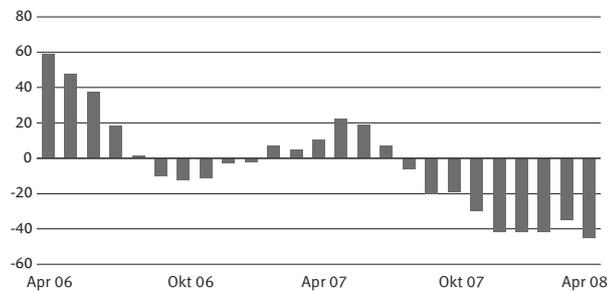


Saldo der positiven und negativen Einschätzungen bezüglich der kurzfristigen Zinsen im Euroraum in sechs Monaten. Quelle: ZEW

EZB: Mehrheit für Zinssenkungen bröckelt

Die Anzahl der Experten, die auf einen Rückgang der kurzfristigen Zinsen setzen, ist gesunken. Der entsprechende Indikator ist in der aktuellen Umfrage um 11,4 auf -44,8 Punkte gestiegen. Die Analysten sehen somit weniger Spielraum für Zinssenkungen. Hintergrund dürfte die Inflationsrate sein, die im März mit 3,5 Prozent auf den höchsten Stand seit 1999 gestiegen ist. Die EZB hat im April die Gefahren für Inflation und Wachstum höher eingestuft. Preisstabilität dürfte der EZB zufolge erst auf Sicht von 18 Monaten wieder gegeben sein.

Sandra Schmidt, s.schmidt@zew.de



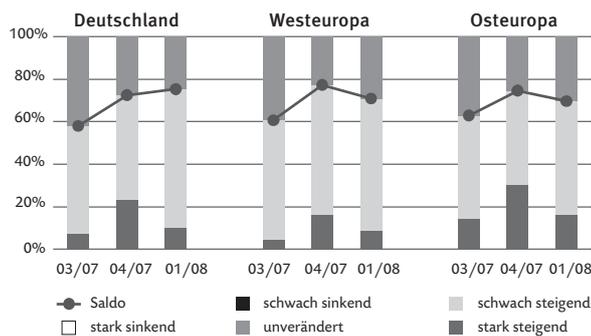
Saldo der positiven und negativen Einschätzungen bezüglich der Konjunktursituation im Euroraum in sechs Monaten. Quelle: ZEW

Euroraum: Konjunkturerwartungen fallen deutlich

Die ZEW-Konjunkturerwartungen für den Euroraum sind im April deutlich um 9,8 Punkte gegenüber dem Vormonat gefallen und liegen nun bei -44,8 Punkten. In der aktuellen Umfrage standen die hohen Inflationsraten im Blickpunkt. Starke Preissteigerungen bei Gütern des täglichen Bedarfs mindern die realen Einkommen der Verbraucher. Vor allem bei Bezieher geringerer Einkommen sinkt der Lebensstandard. So hat etwa die jährliche Veränderungsrate im März bei Heizöl knapp 40 Prozent betragen, bei Nahrungsmitteln über acht Prozent.

Sandra Schmidt, s.schmidt@zew.de

Preise im Schienengüterverkehr werden steigen

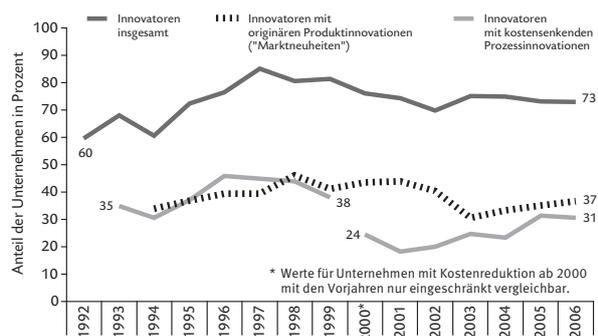


Quelle: ZEW

Eine klare Mehrheit der Experten des TransportmarktBarometers von ProgTrans/ZEW rechnet im ersten Quartal 2008 mit steigenden Transportpreisen im Schienengüterverkehr auf Sechs-Monatssicht. Je nach Transportrelation (Deutschland, West- oder Osteuropa) gehen 55 bis 65 Prozent der Experten aus der Transport- und der verladenden Wirtschaft von schwach steigenden Preisen aus. Weitere 10 bis 17 Prozent erwarten steigende Preise von mehr als drei Prozent. Eine Ursache dürfte die Tarifvereinbarung der Deutschen Bahn mit der GDL sein, deren Kostenfolgen zumindest zum Teil an die Verlager weitergegeben werden dürften.

Dr. Georg Bühler, buehler@zew.de

Maschinenbau: Mehr Unternehmen mit Marktneuheiten



Quelle: ZEW, Mannheimer Innovationspanel

Im Jahr 2006 waren 73 Prozent der deutschen Maschinenbauer mit Innovationen erfolgreich. Damit blieb die Innovatorenquote im vierten Jahr in Folge auf konstantem Niveau. Die gute Konjunktur hat aber zu einer Zunahme des Anteils an Unternehmen geführt, die originär neue Produktinnovationen („Marktneuheiten“) anbieten konnten. Mit 37 Prozent im Jahr 2006 nähert sich diese Quote den hohen Werten der Jahre 1996 bis 2002 an. Zugenommen hat auch der Anteil der Maschinenbauer, die mittels neuer Verfahren ihre Kosten senken konnten. Dies weist auf einen zunehmenden Kostendruck durch gestiegene Materialpreise hin.

Dr. Christian Rammer, rammer@zew.de

STANDPUNKT



Riester-Treppe

Im Füllhorn sozialer Leistungen, welches die Bundesregierung derzeit ausschüttet, befindet sich unter anderem eine außerplanmäßige Erhöhung der gesetzlichen Altersrenten. Sie steigen ab Juli 2008 um 1,1 v.H.

und damit – wie im Jahr 2009 – um rund 0,6 v.H. mehr als es die Rentenanpassungsformel vorgesehen hätte. Dem westdeutschen „Eckrentner“ – er hat 45 Jahre lang ohne Unterbrechung Beiträge auf ein erzieltes Durchschnittsentgelt entrichtet – beschert der Eingriff des Gesetzgebers monatlich rund 7,60 Euro zusätzlich, dem stehen Kosten von insgesamt rund 12 Milliarden Euro gegenüber.

Die Einschätzungen dieser Maßnahmen gehen weit auseinander. Das Bundesministerium für Arbeit und Soziales bezeichnet sie als „Teil und Ausdruck verlässlicher, solider, alle Generationen gleichermaßen im Blick behaltender Alterssicherungspolitik“, die Bundeskanzlerin räumt ein, dass damit nicht gerade ein „ordnungspolitisches Meisterstück“ gelungen sei und der frühere Bundespräsident Roman Herzog warnt vor einer „Rentnerdemokratie“, welche die jüngere Generation ausplündere.

Noch keine der Rentenanpassungsformeln war in Stein gemeißelt, sondern sie waren immer schon Gegenstand vielfacher Korrekturen, nicht zuletzt um vor dem Hintergrund der zu erwartenden demographischen Entwicklung Beitragsstabilität, Teilhabe der Altersrentner an der wirtschaftlichen Entwicklung und die Begrenzung von Bundeszuschüssen zur Gesetzlichen Rentenversicherung einigermaßen in Einklang zu bringen. Dazu beschloss der Gesetzgeber in den vergangenen Jahren nach langem Hin und Her mehrere Korrekturfaktoren bei den allfälligen Rentenanpassungen, darunter die „Riester-Treppe“. Sie soll den Anstieg der Beitragssätze dämpfen und die Belastung der Erwerbstätigen auf Grund ihrer höheren (staatlich geförderten) Altersvorsorge („Riester-Rente“) auf die Entwicklung der gesetzlichen Altersrenten übertragen. Dazu werden seit dem Jahr 2002 von den in die Rentenanpassungsformel eingehenden Bruttoarbeitsentgelten neben den Beiträgen zur Gesetzlichen Rentenversicherung fiktive Bei-

träge zur Riester-Rente abgezogen und zwar in Jahresschritten um jeweils 0,5 v.H. anwachsend bis zu einem Wert von 4,0 v.H. (daher „Riester-Treppe“). Dieser den Anstieg der Altersrenten dämpfende Mechanismus wird nun für die Jahre 2008 und 2009 außer Kraft gesetzt und soll in den Jahren 2012 und 2013 aufgeholt werden.

Die Riester-Treppe hat nichts mit Verschiebungen in der Altersstruktur der Bevölkerung oder Erwerbstätigen zu tun. Dazu wurde im Jahr 2005 der „Nachhaltigkeitsfaktor“ in die Rentenanpassungsformel eingefügt, der Veränderungen im Verhältnis der Anzahl der Rentner zu der der Beitragszahler erfasst. Der Nachhaltigkeitsfaktor darf nicht mit dem „Nachholfaktor“ („modifizierte Schutzklausel“) verwechselt werden. Eigentlich hätten in den Jahren 2005 und 2006 als Folge einer kombinierten Wirkung eines steigenden Rentenversicherungsbeitragssatzes und Altersvorsorgeanteils sowie des Nachhaltigkeitsfaktors Rentenkürzungen vorgenommen werden müssen, die jedoch eine gesetzliche Schutzklausel verhindert. Sie sollen ab dem Jahr 2011 nachgeholt werden.

Der Hauptvorwurf gegen die beschlossene außerplanmäßige Rentenerhöhung besteht darin, dass die derzeitige Bundesregierung der nächsten die Hypothek aufbürdet, die dann notwendigen schmerzlichen Anpassungen bei den Rentensteigerungen vornehmen zu müssen. Welche Bundesregierung diesen Mut und das entsprechende Durchhaltevermögen aufbringen soll, bleibt unklar. Schon jetzt ist rund ein Drittel aller Wähler älter als 60 Jahre, mit steigender Tendenz. Mit der Ankündigung von (harten) Einschnitten bei den Rentenerhöhungen werden die Parteien daher schwerlich Wahlen gewinnen. Die Gefahr ist groß, dass dann die Beiträge im Jahr 2020 die beabsichtigte Marke von 20 v.H. überschritten haben werden, ohnehin sind sie nun in den Jahren 2011 und 2012 um 0,6 beziehungsweise 0,4 Prozentpunkte höher als bisher vorgesehen. So verspielt man Erfolge auf dem Arbeitsmarkt, vor allem, wenn die „Rente mit 67“ ebenfalls verwässert und das Altersteilzeitgesetz wiederbelebt werden.

Wolfgang Franz

ZEW

Zentrum für Europäische
Wirtschaftsforschung GmbH

IMPRESSUM

ZEW news – erscheint zehnmal jährlich

Herausgeber: Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung GmbH (ZEW) Mannheim,

L 7, 1 · 68161 Mannheim · Postanschrift: Postfach 10 34 43 · 68034 Mannheim · Internet: www.zew.de, www.zew.eu

Präsident: Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Wolfgang Franz

Redaktion: Kathrin Böhmer, Telefon 0621/1235-103, Telefax 0621/1235-222, E-Mail boehmer@zew.de

Gunter Grittmann, Telefon 0621/1235-132, Telefax 0621/1235-222, E-Mail grittmann@zew.de

Nachdruck und sonstige Verbreitung (auch auszugsweise): mit Quellenangabe und Zusendung eines Belegexemplars

© Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung GmbH (ZEW), Mannheim, 2008